



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Uruguay 2013

- Unter Präsident José Mujica wurden in Uruguay mehrere gesellschaftliche Reformen eingeleitet, die die Menschenrechtslage verbessert haben.
Seit 2013 dürfen homosexuelle Paare heiraten; bereits seit 2012 ist Abtreibung bis zur 12. Woche straffrei. Die Armut im Land ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen.

- Es herrscht allerdings eine mangelnde Aufklärung der Verbrechen der Militärdiktatur:
- Im Februar 2013 hat der oberste Gerichtshof die Richterin Mariana Mota von ihrem bisherigen Posten am Strafgerichtshof Tribunal 7 in Montevideo abgezogen und an eine zivile Kammer versetzt. Damit ist sie nicht mehr zuständig für ungefähr 50 anhängige Fälle von Menschenrechtsverletzungen während der Militärdiktatur. Richterin Mota war dafür bekannt, sich gegen Straflosigkeit und für eine Verurteilung der damaligen Täter einzusetzen; sie hatte unter anderem den früheren Präsidenten Bordaberry zu 30 Jahren Haft verurteilt.
- Mariana Mota wurde von Angehörigen des Militärs mangelnde Unabhängigkeit vorgeworfen. Sie hatte 2012 an einem Protestmarsch von Hinterbliebenen teilgenommen, obwohl es Richterin in Uruguay untersagt ist, sich politisch zu äußern. Hinterbliebenen-Organisationen hingegen protestierten gegen die Versetzung und sehen sie als einen Schritt in Richtung Straflosigkeit.
- Die uruguayische Justiz ist allerdings insgesamt viele Jahre im Hintertreffen

Hintergrund:

- Während der Militärdiktatur in den 1970er und 80er Jahren waren in Uruguay ca. 7000 Menschen verschwunden, inhaftiert und gefoltert worden – unter anderem im Zusammenhang mit der sogenannten “Operation Condor”, bei der die Argentinische Militärdiktatur zusammen mit den Diktaturen anderer südamerikanischer Länder Oppositionelle und Kritiker verfolgte.
- Nach Wiederherstellung der Demokratie im Jahr 1986 wurde ein Gesetz verabschiedet, das weitgehende Straffreiheit für in dieser Zeit begangene Verbrechen zusicherte; dies betraf hauptsächlich Angehörige des Militärs, aber auch damalige Guerilla-Kämpfer. In den Jahren 1989 und 2009 wurden Referenden über die Abschaffung des Amnestie-Gesetzes durchgeführt, aber die Mehrheit stimmte dagegen.
- Im Jahr 2011 stimmte das Parlament schließlich für eine Aufhebung des Gesetzes, auch um Forderungen des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte nachzukommen. Allerdings wurden bisher nur wenige Täter verurteilt.

Quellen: www.lemonde.fr (27.6.2013)

www.en.mercopress.com (16. 2. 2013)

Blog der London School of Economics and Political Science <http://blogs.lse.ac.uk/ideas/2013/02/2728/>

www.bbc.com (27.10.2011)

www.amnesty.de (Länderkurzinfo Uruguay)

www.arte.tv (“Mit offenen Karten” vom 7. März 2015)